

Berlin, 02.05.2019

## Policy Lab

### WPSEU 079/2019

#### Außen- und Sicherheitspolitik

**Frage 1: Wie stehen Sie zu Freihandelsabkommen, was wäre dabei wichtig zu beachten? Mit welchen Ländern sollte die EU handelspolitisch enger zusammenarbeiten/Freihandelsabkommen abschließen?**

**Antwort:**

Europa muss treibende Kraft sein, die Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und transparent zu gestalten. Handelsabkommen sollen künftig mit verbindlichen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards versehen werden. Die Europäische Union muss ihren internationalen Handelspartnern auf Augenhöhe begegnen und mit ihrer Handelspolitik zu beiderseitigem Vorteil sowie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung beitragen. Die SPD wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Handelsabkommen bindende Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten. Menschenrechte und internationale Vereinbarungen wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder das COP21-Klimaabkommen müssen umgesetzt werden. Bei ihrer Verletzung sollen Sanktionen greifen. Um den Welthandel insgesamt ökologischer, sozialer und transparenter zu gestalten, muss unser Augenmerk wieder auf multilaterale Verträge gerichtet werden. Wir wollen innerhalb der internationalen Organisationen und darüber hinaus eine Weltwirtschaftsordnung schaffen, die den Staaten des globalen Südens eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch bei Beteiligung am Welthandel ermöglicht und bestehende Machtasymmetrie im internationalen Handel beseitigt.

**Frage 2: Halten Sie eine europäische Lösung der “Flüchtlingskrise” für realistisch und sinnvoll? Wenn ja, wie sollte diese aussehen? Wie bewerten Sie die Dublin-III-Verordnung?**

**Antwort:**

Flucht und Vertreibung nehmen weltweit zu und machen an den Grenzen Europas nicht halt. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und in Artikel 18 der Charta der

Grundrechte der Europäischen Union fest verankert. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Europa muss Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Die SPD fordert eine Reform des Dublin-Systems, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Das Wahre des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb wollen wir das Dublin System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden. Diese Unterstützung soll in Form eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds. Vonstattengehen. Es gilt, Städte und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell zu unterstützen. Zudem wollen wir legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen, als Grundlage einer geordneten Zuwanderung. Auch um das Sterben auf dem Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden, brauchen wir einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa, die sich nicht ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientiert. Als Vorbild kann hier die deutsche Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan dienen.

**Frage 3: Wie würden Sie den momentanen Schutz der europäischen Außengrenzen bewerten und wie würden Sie einen künftigen Grenzschutz gewährleisten?**

**Antwort:**

Die SPD steht für einen verlässlichen Schutz der europäischen Außengrenzen vor illegaler Zuwanderung sowie eine konsequente Bekämpfung von Schlepperbanden und Menschenhandel. Das erfordert eine Modernisierung des nationalen Grenzschutzes an den europäischen Außengrenzen und den weiteren Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sowie die Erweiterung ihrer rechtlichen Kompetenzen. Sie soll zu einer leistungsfähigen europäischen Grenzschutzpolizei ausgebaut werden. Ein verlässlicher Schutz der EU-Außengrenzen muss aus unserer Sicht das Gebot der Nicht-Zurückweisung für Schutzsuchende gewährleisten.

**Frage 4: Befürworten Sie eine europäische Armee, eine gemeinsame Armee der EU und sehen Sie sie als notwendig an?**

**Antwort:**

Die SPD spricht sich für eine gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee aus. Der Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeiten ist eine Voraussetzung für die Stärkung europäischer Souveränität und die richtige Antwort

auf das Wiedererstarken des Nationalismus. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur inneren Friedenssicherung. Um auch in Europa einen Rückfall in eine überkommene Aufrüstungslogik zu verhindern, setzen wir auf europäische Synergie, die eine effektive Konzentration der Verteidigungskräfte ermöglicht und damit eine generelle Erhöhung der Rüstungsausgaben unnötig macht. Der Einsatz soll nur durch das Europäische Parlament genehmigt werden. Ein neu zu schaffender Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament sichert die Kontrollrechte der Abgeordneten und begleitet parlamentarisch den Prozess der Integration der europäischen Streitkräfte.

### **Arbeit- und Sozialpolitik**

**Frage 5: Setzt sich Ihre Partei für einen europäischen Mindestlohn ein? Wenn ja, wie hoch sollte er Ihrer Meinung nach sein? Wenn nein, was spricht dagegen?**

**Antwort:**

Die SPD fordert einen Mindestlohn in der Höhe von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten. Der Mindestlohn in Deutschland ist immer noch zu niedrig. Er soll steigen, um die Beschäftigten besser an den Produktivitätszuwachsen der letzten Jahre zu beteiligen und besser gegen Altersarmut zu schützen. In allen Mitgliedsstaaten Europas sollen zudem Mindestlöhne geschaffen werden, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen

**Frage 6: Inwieweit sollte es EU-weite Sozialstandards geben? Wie wollen Sie die soziale Säule der EU ausgestalten?**

**Antwort:**

Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, treten wir für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Deshalb soll die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Grundrechte mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt und mit Leben erfüllt werden. Die Rechtsverbindlichkeit der sozialen Rechte muss sichergestellt werden. Wir wollen armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen. Dies ist das Herzstück der im November 2017 proklamierten Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR). Es gilt, das Schutzniveau der nationalen Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen mittel- bis langfristig anzugleichen. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen mittel- bis langfristig das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen. Diese Annäherung wird die Nachfrage stabilisieren und Europas Volkswirtschaften krisenfester machen

**Frage 7: Welche Vorschläge haben Sie, um die Jugendarbeitslosigkeit vor allem in Süd- und Osteuropa zu senken?****Antwort:**

Ein Sofortprogramm soll dafür sorgen, dass jeder und jedem unter 25 Jahren ein Ausbildungsplatz garantiert und eine berufliche Perspektive eröffnet wird. Hierfür werden wir die Mittel für die Jugendgarantie deutlich aufstocken. Nur so kann das europäische Versprechen gehalten werden, allen jungen Menschen unter 25 Jahren in vier Monaten konkrete Angebote für eine sichere berufliche Zukunft zu machen, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit sollen bis zum 30. Lebensjahr ermöglicht werden. Wir wollen, dass noch mehr junge Menschen in den Berechtigtenkreis der Jugendgarantie zu kommen. Zudem wollen wir die duale Ausbildung in ganz Europa stärken.

**Gesellschaft und Bildung****Frage 8: Wie möchten Sie bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen?****Antwort:**

Für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft ist bezahlbarer Wohnraum eine der wichtigsten Voraussetzungen. Vor allem in Ballungsräumen muss man einen immer größeren Anteil des Einkommens für die Miete aufwenden. Die europäischen sozialen Grundrechte verlangen, dass sozial schwächeren Menschen der Zugang zu Sozialwohnungen oder qualitativer Wohnungsbeihilfe gewährt wird. Die SPD unterstützt die Forderung des sozialdemokratischen Kandidaten um das Amt des Kommissionpräsidenten, Frans Timmermanns, für einen Europäischen Fonds für Wohnungsbau. Hiernach sollen Städte und Kommunen, die neue Projekte für Wohnungen entwickeln und mindestens 30 Prozent dieser Wohnungen für Sozialwohnungen reservieren mit EU-Mitteln aus diesem Fonds unterstützt werden.

**Frage 9: Unterstützen Sie eine Ausweitung der "DiscoverEU"-Initiative auf alle 18-Jährigen in der EU? Wenn nein, warum nicht?****Antwort:**

Wir wollen, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit bekommen, Europa besser kennenzulernen. Die Bewegungsfreiheit junger Menschen muss konsequent, gezielt und sozial gerecht unterstützt werden. Auch ein Zugticket ist hierfür ein guter Weg. Wichtig ist uns aber, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit bekommen, durch Austauschprogramme den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen. Alle jungen Europäerinnen und Europäer sollen eine Fördermöglichkeit

bekommen. Dafür wollen wir die Finanzmittel des erfolgreichen Programms „Erasmus+“ in der nächsten Förderperiode verdreifachen, das Programm stärker bewerben und es vor allem auch für Azubis und sozial benachteiligte junge Menschen öffnen. Zugleich werden die Möglichkeiten zum Schulaustausch und zum Austausch zwischen Jugendverbänden stärker unterstützt. Dabei soll Jugendlichen mit Behinderung der Zugang zu diesem Programm sowie dem Europäischen Solidaritätskorps besser ermöglicht werden.

**Frage 10: Wie bewerten Sie die Folgen der Bologna-Prozesse? Halten Sie die Umsetzung der transnationalen Hochschulreform für gelungen?**

**Antwort:**

Die Beteiligung am Bologna-Prozess war richtig, die Ziele sind noch immer aktuell: die Mobilität von Studierenden, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen, der Praxisbezug des Studiums. Bei der Umsetzung ist noch nicht alles erreicht. Wir wollen den Erfolg der Reformen sichern. Dafür müssen wir Qualitätsanreize setzen, damit Studieneingangsphasen flexibler gestaltet, Freiräume zur individuellen Studiengestaltung ausgeweitet und die ausufernde Spezialisierung von Studiengängen deutlich verringert werden. Die Bologna-Konferenz muss aus unserer Sicht zu einer Europäischen Hochschulkonferenz weiterentwickelt werden. Diese soll konkrete Maßnahmen vereinbaren, um im Europäischen Hochschulraum die Wissenschaftsfreiheit zu sichern, Bildungsteilhabe zu verwirklichen sowie mehr Mobilität, Austausch und Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Hierzu gehört in besonderem Maße der Einsatz für die Abschaffung von Studiengebühren im europäischen Hochschulraum.

**Frage 11: Wie wollen Sie mehr Zusammenhalt in der EU erreichen? Halten Sie die Schaffung einer europäischen Identität für sinnvoll?**

Ein Zusammenwachsen der Völker Europas setzt eine schrittweise Angleichung der Lebensbedingungen voraus – in Deutschland ebenso wie in Finnland oder Griechenland, in Portugal wie in Polen. Es geht darum, dass die Bürgerinnen und Bürger konkret erleben, dass Europa sie schützt und ihnen hilft, ein gutes und sicheres Leben zu führen. Dafür brauchen wir eine europäische Haushaltspolitik, die dem Menschen dient, ein Europa, in dem alle Konzerne endlich ihren fairen Anteil an Steuern zahlen und damit ihren angemessenen Beitrag für das Gemeinwohl leisten. Deshalb sollen im Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 die nötigen finanziellen Mittel vorgesehen werden, um eine europäische Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger auch erfahrbar zu machen. Zusammenhalt fußt allerdings auch auf einer gemeinsamen Identität. Deshalb wollen wir eine europäische Identität fördern, die bei den Europäerinnen und Europäern stärker neben die Verbundenheit mit ihren Mitgliedstaaten und Regionen treten soll. Dafür sind die gemeinsame Kultur und der Austausch wichtige Motoren. Wir wollen ein Europa, das für die Bürgerinnen und

Bürger da ist, das Freiraum, Kreativität und Ideen für alle ermöglicht. Mit der Fortsetzung des erfolgreichen Programms „Kreatives Europa“ bis 2027 können wir die grenzüberschreitende europäische Kultur weiter fördern. Die SPD setzt sich daher für die Verdopplung der Projektmittel ein. Für einen besseren Austausch zwischen jungen Menschen möchten wir das das Bildungs- und Jugendförderprogramm Erasmus+ sowie den Europäischen Solidaritätskorps (früher europäischer Freiwilligendienst) bedarfsgerecht ausstatten und strukturell ausbauen. Aber auch die ältere Generation soll mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu engagieren. Mit dem neuen Programm „Europaweit 60plus“ wollen wir Seniorinnen und Senioren dabei unterstützen, sich zu engagieren, Sprachkenntnisse zu verfestigen und ihnen eine Plattform bieten, auf welcher sie ihren reichen Expertisen- und Erfahrungsschatz einbringen.

### **Landwirtschaft, Verkehr, Energie und Umwelt**

**Frage 12: Halten Sie die europäischen klima- und energiepolitischen Ziele für zu ambitioniert oder für noch nicht ausreichend? Wie sollten die Klimaziele durchsetzbar gemacht werden?**

**Antwort:**

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Den damit verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO<sub>2</sub>-neutral und bezahlbar sicherstellen. Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgarneutralität bis 2050. Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind. Die Europäische Forschungsförderung werden wir darauf ausrichten, Innovation zur Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität und zur Klimaanpassung zu entwickeln. Ferner unterstützen wir das Ziel von 32.5% Energieeffizienz bis zum Jahr 2030 in der EU. Investitionen in Energieeffizienz sind der wirtschaftlichste Weg für die europäische Energiewende und unterstützen das Ausbauziel für erneuerbare Energien konsequent. Das heißt für uns verstärkte Anstrengungen beim Gebäudebestand, der Sektorkopplung, Speichertechnologien oder zum Beispiel die Nutzung industrieller Abwärme.

**Frage 13: Wie muss eine zielgerichtete Agrarpolitik der EU aussehen, um sowohl die europäischen Landwirte als auch die Umwelt zu schützen? Wie stehen Sie zu den am europäischen Haushalt gemessen hohen Agrarsubventionen?**

**Antwort:**

Tier-, Natur- und Klimaschutz, die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wahrung sozialer Standards müssen in Zukunft stärker die Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft sein. Wir wollen die Agrarförderung vom Kopf auf die Füße stellen. Die SPD fordert die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier- und Umweltschutz zugutekommen. Es gilt: „öffentliches Geld für öffentliche Güter“. Dabei ist die Größe des Betriebes unerheblich. Betrieben, die soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien nicht einhalten, sollten Subventionszahlungen künftig entzogen werden. Zudem muss nach 2023 in ganz Europa endlich Schluss sein mit dem Einsatz von Glyphosat und anderen schädlichen Pflanzengiften. Künftig soll es keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa mehr geben. Für uns gilt das Vorsorgeprinzip, insbesondere bei neuen Methoden der Gentechnik wie CRISPR/Cas. Eine diesbezügliche Aufweichung der EU-Regelungen lehnen wir ab.

**Frage 14: Welche Strategie zum Umgang mit Plastikmüll haben Sie? Halten Sie hierbei EU-Verordnungen für zu viel Restriktion oder für unerlässlich?**

**Antwort:**

Die SPD setzt sich für ein engagiertes Vorgehen gegen überflüssiges Plastik sowie gegen die Vermüllung der Ozeane ein. In diesem Zusammenhang wird das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der Plastikmüleinträge bis zum Jahr 2030 verfolgt. Um dies zu erreichen, müssen wir Entwicklungs- und Schwellenländer mit Konzepten zur Abfallvermeidung unterstützen. Für uns in Europa wollen wir Mehrwegsysteme, Verbot bestimmter Einwegplastikartikel, eine Kostenbeteiligung von Herstellern sowie Vorgaben zur abfallvermeidenden und recyclingfreundlichen Produktgestaltung. In diesem Sinne werden wir die Öko-Design-Richtlinie und die Ausgestaltung der EU-Plastikstrategie entwickeln.

## **Wirtschaft und Finanzen**

**Frage 15: Wie stehen Sie zur EU-DSGVO? Welches Zwischenfazit ziehen Sie 8 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung?**

**Antwort:**

Die Datenschutzverordnung ist ein Meilenstein für das EU-Grundrecht auf Datenschutz und setzt weltweit Standards für einen verbraucherfokussierten Datenschutz. Nach einer zweijährigen Übergangszeit findet die DSGVO seit Mai 2018 EU-weit Anwendung. Die anfänglichen Unsicherheiten bei der Umsetzung der DSGVO sind in den meisten Fällen auf mangelnde und fehlerhafte Informationen der Betroffenen

zurückzuführen. Deswegen pochen wir auf eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung der Datenschutzaufsichtsbehörden, damit sie ihrer Beratungs- und Aufsichtsfunktion in der Praxis vollumfänglich nachkommen können. Nur mit der DSGVO können wir die großen Internetunternehmen endlich zwingen, EU-Grundrechte zu achten: mit Geldstrafen von bis zu vier Prozent des weltweiten Jahresumsatzes. Wer im Internet unterwegs ist, soll zudem besser vor unerwünschter Werbung und Nachspionieren („tracking“) geschützt werden: Wir müssen die Vertraulichkeit unserer elektronischen Kommunikation endlich besser schützen. Deswegen setzen wir uns für ein Ende der konservativen Blockade der geplanten ePrivacy-Verordnung ein.

**Frage 16: Was sagen Sie zu dem Vorschlag der Schaffung eines Eurozonen-Budgets, welches von einem europäischen Finanzminister verwaltet werden würde?**

**Antwort:**

Die SPD fordert ein gemeinsames Budget der Euro-Länder für mehr Investitionen, um die erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und die Stabilität der Eurozone zu sichern. Aus einem solchen parlamentarisch kontrollierten Eurozonenhaushalt sollen die Mittel auch und gerade in Schwächephase zur Stabilisierung zur Verfügung stehen. Insgesamt fordern wir eine bessere und wirksamere Integration der Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euroraum unter politischer Führung einer europäischen Wirtschafts- und Finanzministerin bzw. eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Diese Regierung soll über das Europäische Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Ziel bleibt die Weiterentwicklung der Eurozone zu einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Union.

**Frage 17: Wie stehen Sie zum Euro-Rettungsschirm und damit einer Vergemeinschaftung von nationalen Schulden? Welche anderen Strategien haben Sie, um die finanzielle/wirtschaftliche Stabilität aller EU-Staaten sicherzustellen?**

**Antwort:**

Wir wollen den Euro stark halten und Mitgliedsstaaten früher und entschlossener helfen, wenn sie in eine Krise zu rutschen drohen. Dafür werden wir den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln, damit er künftig früher helfen kann und nicht erst, wenn die Krise da ist, mit hohen politischen, ökonomischen und sozialen Kosten. Niemand weiß, wann die nächste Wirtschaftskrise Europa oder die Welt erschüttert. Deshalb müssen wir uns vorbereiten. Eine Vergemeinschaftung der nationalen Schulden lehnen wir ab.